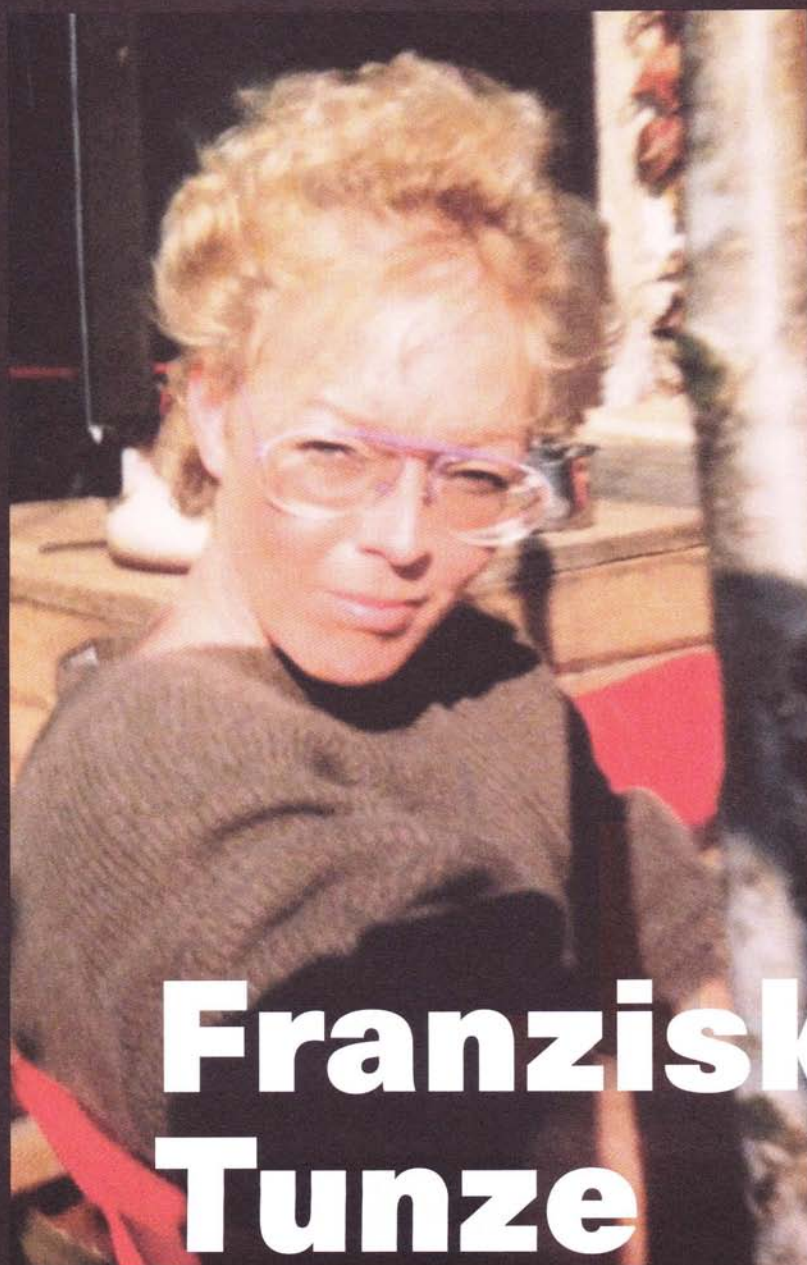




**Franziska
Tunze**

- 1975** Beamtenverhältnis auf Probe als Realschullehrerin z.A.
- 10.08.1977** KPI Wilhelmshaven an Präs. VerwBez: Mitteilung von 16 „gerichtsverwertbaren“ Meldungen
- 19.08.1977** VerwBez Oldenburg an Franziska Dürig: Einleitung einer Untersuchung gem. Nds. Disziplinarordnung wegen Aktivitäten für KBW
- 31.08.1977** Rektor der OS Nogatstraße Wilhelmshaven an VerwBez Oldenburg, Bericht mit beigefügtem Flugblatt von Franziska Dürig
- 05.09.1977** Kollegium der OS Nogatstraße an Nds. VerwBez Oldenburg, durch Flugblattaktion Schulfrieden gestört, Vertrauen des Kollegiums missbraucht, Vertrauensverhältnis zerstört
- 08.09.1977** Nds. VerwBez Oldenburg, vorläufige Dienstenthebung (ab 01.10.1977) und Einbehaltung von 50 Prozent der Dienstbezüge
- 24.11.1977** Franziska Tunze an VerwBez Oldenburg, Ladung zur Anhörung nicht folgen, da Anwalt Anfertigung von Aktenauszügen verweigert wird, Mitteilung der Heirat mit Wolfgang Tunze
- 22.12.1977 bis 03.02.1980** dreimalige Verlängerung der Probezeit
- 15.02.1984** BezReg Weser-Ems: Übersendung des Entwurf eines Untersuchungsberichtes
- 12.03.1984** RA Burchardt an BezReg Weser-Ems, festgestellte Vorwürfe nur für relativ kurzen Zeitraum, seit 6 bis 8 Jahren politische Auffassungen grundlegend verändert
- 13.06.1984** Franziska Tunze an Leiter der Schulabteilung, BezReg Weser-Ems: persönliche Bitte um Beschleunigung und Abschluss des Verfahrens
- 23.07.1984 bis 30.07.1984** Vier Untersuchungsverhandlungen mit Zeugen, vor allem der KPI und Anhörung von Franziska Tunze, schon länger Distanzierung vom KBW, positive Aussagen von Schulleiter und Kollegium nach erneuter Kontaktaufnahme und Aussprache
- 22.10.1985** BezReg Weser-Ems an Franziska Tunze, Entlassung aus Beamtenverhältnis beabsichtigt
- 01.02.1986** Wiedereinstellung in den Schuldienst

Flugblatt von Franziska Dürig „Erklärung zu meiner geplanten Entlassung aus dem Schuldienst“ vom 31. August 1977 an die Schüler und Eltern der Nogatschule und die Einwohner von Fedderwardergröden

160

Erklärung zu meiner geplanten Entlassung aus dem Schuldienst



An die Schüler der Nogatschule, die Eltern und die Fedderwardergrödener

Am Montag, den 29.8. erhielt ich von Schulrat Riechers ein Schreiben des Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg, in dem mir mitgeteilt wird, daß eine Untersuchung zur Einleitung meiner Entlassung aus dem Schuldienst laufe. Begründet wird dies auf 7 Seiten mit meinem Eintreten für die Ziele des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, z.B. durch den Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung und Teilnahme an Veranstaltungen des KBW. Dienstag früh wurde ich durch Schulrat Riechers dienstlich angewiesen, Stillschweigen über die Angelegenheit zu bewahren und auf keinen Fall Eltern und Schüler zu informieren. Wenn ich das täte, müßte ich mit meiner sofortigen Suspendierung (Beurlaubung) rechnen. Von Stufenleiter Ladeck und Schulrat Riechers wurde systematisch verbreitet, es ginge lediglich um eine Anhörung und von Entlassung sei im Schreiben des Verwaltungspräsidenten gar nicht die Rede. Auf dieser Ebene wurden die Lehrer von ihnen aufgefordert, den Schülern einzureden, daß jede Unterstützung meiner Person durch Unterschriften und sonstige Aktionen mir nur schaden würde. Die Schüler haben sich davon nicht verwirren lassen. Sie haben bereits ca. 400 Unterschriften gegen meine Entlassung gesammelt. In der ganzen Schule wird lebhaft beraten, wie man meine Entlassung verhindern kann.

Am Mittwoch wiederholte Riechers die Dienstabweisung. Ich habe das nochmals abgelehnt. Daraufhin sagte Riechers, er werde sofort in Oldenburg anrufen und meine Suspendierung be-

antragen.

Die Schulaufsicht hat große Angst vor der Öffentlichkeit dieses Verfahrens. Sie hat Angst davor, daß sich Schüler und Eltern zusammenschließen und die verrotteten Schulverhältnisse angreifen.

Am 7. der Nogatschule wurde z.B. eine ganze 8. Klasse (Klassenlehrer Hauptschulleiter Manger) bis auf 6 Schüler ohne Hauptschulabschluß entlassen. Sogar nach der 7. Klasse werden Schüler auf die Straße gesetzt mit einem Zeugnis voller Sen- und Gen.

Gleichzeitig platzt die Sonderschule Herbartschule aus allen Nähten. Die Zahl der Sonderschüler steigt beständig an. Als "Förderungseinrichtung für lernschwache Schüler" wird die Sonderschule bezeichnet. Wer darauf kommt, ist hinterher entweder arbeitslos oder billiger Hilfsarbeiter. Die Arbeiter haben auch offenbar eine andere Meinung von Sonderschulen als Schulrat Riechers. Bekannt ist, daß sich Eltern deren Kinder auf Sonderschulen abgeschoben werden sollen, und das geschieht bereits in den ersten Schuljahren auf der Grundschule, hartnäckig dagegen wehren. Wer seine Kinder aber nicht zu der entsprechenden entwürdigenden Untersuchung schickt, macht sich strafbar und wird mit Bußgeld belegt. So sieht die "Förderung" aus: Es muß unmittelbarer Zwang angewandt werden, damit die "wohlthätige Einrichtung Sonderschule" ihren Zuwachs erhält. Die Orientierungsstufe, an der ich unterrichte, hat die Aufgabe, die Schüler von Kopf bis Fuß abzutesten, den Konkurrenzkampf unter ihnen zu schüren und sie am Ende auszusortieren in Hauptschüler, Realschüler, Gymnasiasten. In der Regel Hauptschüler.

Das Mittel zu dieser Auslese ist das Notensystem. Die Noten sagen über die wirklichen Fähigkeiten der Schüler nichts aus. Worüber sie etwas aussagen ist: Wie weit der Widerstand gegen die Schulabrichtung gebrochen ist, auf welcher Stufe sie später in den Produktionsprozeß einsortiert werden sollen. Das ist gesetzlich geregelt. Über die Einhaltung dieser Regelung wacht die Schulaufsicht.

13 Lehrer sind in diesem Jahr im Raum Weser-Ems aus dem Schuldienst entlassen worden, weil sie sich geweigert haben, diesen Staatsauftrag zur Unterdrückung der Schuljugend zu erfüllen, weil sie erklärt haben, keine 5en und 6en mehr zu geben. In Brake läuft gegenwärtig ein Entlassungsverfahren gegen die kommunistische Lehrerin Irma Weitalla, gegen deren Entlassung sich eine Initiative gegründet hat, die die Forderungen erhebt:

- Keine 5en und 6en! Keiner darf sitzenbleiben! Weg mit dem Notensystem! Weg mit den Sonderschulen! Einheitsschule!

In meinem Fall zeigt sich auch deutlich, daß die Interessen der Arbeiter und übrigen Werktätigen im direkten Gegensatz stehen zu den Zielen des Staatsapparates. Schulrat Riechers sagte dazu: "Was die Schüler und Eltern zu Ihrem Fall sagen, ist ganz egal. Wenn ein Schulstreik inszeniert wird, machen sich die Schüler nach dem Niedersächsischen Schulgesetz strafbar und werden mit Geldstrafen belegt. Also lassen Sie die Schüler und Eltern aus dem Spiel!"

Der Zweck der schulischen Ausbildung besteht nicht in der Entwicklung der Fähigkeiten der Jugend, sondern in ihrer zwangsweisen Vermummung. Die Erfahrungen der Arbeiter sind reichlich, was diesen Sachverhalt angeht. Die Erfahrungen der Lehrer ebenfalls. Sie tun's meist nicht freiwillig.

Es gibt Gesetze, sie dazu zu zwin-

gen. Das Beamtenecht, das besonders Dienstrecht im Öffentlichen Dienst, das seine Grundlage hat im KPD-Verbot. Auf der Grundlage dieser Gesetze wird jetzt meine Entlassung betrieben. Ruhe soll herrschen im Öffentlichen Dienst, damit der bürgerliche Staat ungehindert sein Geschäft der Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes betreiben kann. Über die Säuberung des Öffentlichen Dienstes soll der Boden bereitet werden für das Verbot des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, um zu verhindern, daß die Arbeiterklasse ihre Partei wieder aufbaut.

Zu den Punkten, die mir vorgeworfen werden - Unterstützung des KBW - stehe ich. Ich unterstütze die Ziele des KBW: Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Ich rufe alle Schüler und Eltern auf, am Samstag 10 Uhr auf den Marktplatz in FfRoden zu kommen, um über die geplante Entlassung und mögliche Schritte dagegen zu diskutieren.

Am Dienstag, den 5.9., werde ich zu meiner Entlassung eine öffentliche Versammlung in den Rats herrnstuben, Kniprodestr., durchführen. Zu dieser Versammlung werde ich Stufenleiter Radeck, Schulrat Riechers und den Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg, Schweers, einladen, wo sie aufgefordert sind, öffentlich Stellung zu beziehen.

Franziska Dürig

Franziska Dürig
Lehrerin an der
Orientierungsstufe
Nogatstraße
Paulstr. 1
2940 Wilhelmshaven

Entwurf eines Schreibens an den Leiter der Schulabteilung bei der BezReg Weser-Ems, Außenstelle Osnabrück vom 13. Juni 1984 mit der Bitte um ein persönliches Gespräch

162

Bez. Reg. Weser-Ems
Außenstelle Osnabrück.
z. Hd. Herrn ~~Wieder~~ Wauer
Leiter der Schulabteilung
Postf. 3569 - persönlich -
Sehr geehrter Herr Kramer,

Varel, 13.6.84

45 Osnabrück

dieses Schreiben an Sie ist eine persönliche Initiative meiner-
seits, das seit September 1977 gegen mich laufende Disziplinar-
verfahren bezüglich meiner damaligen Unterstützungstätigkeiten
für den KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) zu beschleunigen
und zum Abschluß zu bringen.

Im Februar dieses Jahres habe ich eine 26- Seitenlange Stellung-
nahme zu meinem damaligen Verhalten an Herrn Bannowsky den Unter-
suchungsführer abgeschickt, auf die leider keinerlei Reaktion erfolgte.
Als ich im Februar den Untersuchungsbericht von Herrn Bannowsky erhielt
und ich daraufhin meine Stellungnahme schrieb, hatte ich sehr ge-
hofft, daß die furchtbar zermürbende Wartezeit hinsichtlich meiner
beruflichen und somit persönlichen Zukunft nun bald vorbei sein würde.
Mich hatte auch das Verfassen meiner Stellungnahme, die sehr offen ist
und sehr persönliche Aspekte meines damaligen und heutigen Lebens bein-
haltet, physisch und psychisch mitgenommen.

Am 7.6.84 erhielt ich nun von R. Burchardt die Mitteilung, daß nunmehr eine
Vernehmung von Zeugen (Polizeibeamte) am 19.6. erfolgen soll, was bisher
in den fast 7 Jahren seit dem Zeitpunkt meiner Suspendierung nicht
geschehen war.

Natürlich sehe ich ein, daß die Formalitäten eines Disziplinarver-
fahrens eingehalten werden sollten, aber von meiner Seite habe ich

einfach nur die Bitte, zu einem persönlichen Gespräch mit Herrn als
Leiter der Schulabteilung bei der Bezirks-
regierung kommen zu können, um nach all den Jahren eventuelle Zweifel
an meiner heutigen Verfassungstreue ausräumen zu können.

Können Sie verstehen, daß nach einem derartig langen Zeitraum mir persönlich die nun erfolgende Zeugenvernehmung in der Hauptseite einfach nur umständlich, teuer und die endgültige Entscheidung verzögernd erscheint?

Ich wäre froh, wenn Sie sich meine Stellungnahme durch Herrn Bannowsky schicken lassen würden, damit ein vertrauensvolles Gespräch stattfinden kann.

Mein ehemaliger Stufenleiter, Herr Radeck (Orientierungsstufe Schulzentrum Nord, Fedderwardergroden) wäre ebenfalls an einem persönlichen Gespräch mit der Bezirksregierung interessiert.

Ich hoffe, daß diese persönliche Initiative Ihnen nicht anmaßend oder vermessen erscheint. So ist dieses Schreiben an Sie nicht gemeint.

Ich möchte Ihnen lediglich zum Ausdruck bringen, daß ich selber - gerade auch aus moralischen Gründen - nicht daran interessiert bin, diesen Zustand des Suspendiertseins auf Grund juristischer Schritte künstlich zu verlängern.

Mein sehnlichster Wunsch überhaupt ist, meinen Beruf wieder ausüben zu können, d.h. auch, den Zustand des Geldbekommens ohne Arbeit zu beenden.

Dies habe ich auch in meiner persönlichen Stellungnahme an Herrn Bannowsky sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie ein Gespräch mit mir vereinbaren würden

Hochachtungsvoll

Was hat das Berufsverbot mit mir gemacht?

164

Im Zuge meiner Suspendierung vom Schuldienst, mit Wirkung zum 1. Oktober 1977, wurde mein Realschullehrerinnengehalt auf 50 Prozent reduziert. Das waren damals ca. 1 100 DM.

Mein Mann war ebenfalls vom Berufsverbot betroffen, er wurde nach seinem Gymnasialreferendariat nicht in den Schuldienst übernommen. Wir mussten von meinem suspendierten Gehalt in Höhe von ca. 1 100 DM leben. Das war natürlich hart, besonders als unser erstes Kind da war.

In Wilhelmshaven war es unmöglich, irgendwelche Jobs anzunehmen bzw. auszuführen, da durch die ständige Präsenz und Überwachung von Seiten der Beamten des K7 (politische Abteilung der Kripo) die jeweiligen Arbeitgeber informiert wurden und wir in die Ecke von Terroristen abgestempelt wurden. Es war ja die Zeit, in der die RAF medial und überhaupt omnipräsent war. Arbeitgeberpräsident Schleyer war gerade entführt worden.

Wir haben schließlich einen geografischen radikalen Ortswechsel vorgenommen und sind 1979 nach München gezogen, zumal der KBW dort mit Mitgliedern aus dem gesamten Bundesgebiet eine starke Ortsgruppe aufbauen wollte. Auch damals waren die Mieten in München bereits sehr hoch,

so dass wir an allen Ecken und Kanten sparen mussten, obwohl mein Mann in München einen Job gefunden hatte.

Als ich 1984 alleine mit unseren inzwischen zwei Kindern (viereinhalb und drei Jahre alt) nach Varel zog, konnte ich in den Stunden, in denen die Beiden nachmittags im Kindergarten waren, Nachhilfeunterricht geben.

Durch meine Aktivitäten in der Friedensgruppe (NATO-Doppelbeschluss), die ebenfalls vom K7 in Wilhelmshaven observiert wurden, machte Kriminalhauptmeister Neumann (mein ständiger „Personenschützer“) bei der Bezirksregierung eine Anfrage, was denn nun inzwischen der Stand meines Berufsverbotsverfahrens sei?

Erst durch diese Anfrage wurde mein „Fall“ neu aufgerollt (obwohl ich seit Anfang 1979 mich vom KBW gelöst hatte). Es folgten etliche Vorladungen zur Bezirksregierung in Oldenburg mit unzähligen Zeugen wie Polizeibeamten, die anreisen mussten, weil sie inzwischen im gesamten Bundesgebiet lebten und arbeiteten. Diese Verhöre und Zeugenaussagen waren extrem nervenaufreibend. Etliche Zeugenaussagen entsprachen schlichtweg nicht der Wahrheit und konnten durch meinen Anwalt widerlegt werden.

Die Aussagen hatten teilweise Kuriositätencharakter.

Beispiel: Frau Tunze hat in der Marktstraße in Wilhelmshaven mit dem Megafon eine nicht angemeldete Ansprache auf dem Bürgersteig vor „Optiker Babatz“ abgehalten und damit einen angemeldeten Stand der „Aktion Sorgenkind“ behindert.

Es gab nie einen Bürgersteig dort geschweige denn einen Stand der „Aktion Sorgenkind“, wie Recherchen ergaben. – Das nur am Rande!

Natürlich keimte in mir dennoch zu diesem Zeitpunkt eine vage Hoffnung auf, eventuell doch wieder in meinem Lehrerberuf arbeiten zu können. Die Verhöre zogen sich über einen langen Zeitraum hin.

Meine Gefühlsskala schwankte zwischen Verzweiflung und Hoffnung, ich entwickelte massive Schlafprobleme. Irgendwann im Jahre 1985 bekam ich die schriftliche Aufforderung der Landesschulbehörde Osnabrück zu einem „Gespräch“ nach Osnabrück zu kommen. Ausdrückliche Bedingung: Ohne Rechtsbeistand und ohne ein GEW-Mitglied.

Ich kam diesem Ansinnen nach und sah mich konfrontiert mit etlichen Juristen und Herrn Kramer als leitenden Beamten der Behörde.

Man bot mir einen Deal an, dem ich zum Glück trotz meiner nervlichen Verfassung nicht zugestimmt habe! Ich sollte dort vor Ort auf der Stelle selber meine sofortige Entlassung aus dem niedersächsischen Schuldienst beantragen (Schreiben war bereits angefertigt und wurde mir lediglich zur Unterschrift vorgelegt) und in einer juristischen Sekunde, wie es die Herren ausdrückten, würde mir eine Lehrerstelle im Angestelltenverhältnis angeboten werden.

Natürlich brummte mir der Schädel, nach dem Motto „Lieber einen Spatz in der Hand, als eine Schwalbe auf dem Dach“. Aber eine innere Stimme sagte mir, dass ich damit einen Fehler begehen würde. Ich erbat mir eine Nacht zum Überschlafen des inzwischen zum geflügelten Wortes gewordenen „unmoralischen Angebotes“ und musste versprechen, mich am nächsten Morgen frühzeitig zu melden.

Am Abend hielt ich Rücksprache mit unserem GEW-Bezirksvorsitzenden, der zutiefst erleichtert war, dass ich mich auf besagtes „Angebot“ nicht eingelassen hatte. Er organisierte mir einen herausragenden Rechtsanwalt aus Hannover, der mit der GEW zusammenarbeitete.

Natürlich ging ich in dieser Phase auf dem „Zahnfleisch“!

Dann, am letzten Freitag vor Beginn des 2. Schulhalbjahres 1985/1986, bekam ich abends einen Anruf von einem Juristen aus Osnabrück, der mir mitteilte, ich solle Montag um 7.00 Uhr im Schulzentrum Hohenkirchen vorstellig werden, um dort im Beamtenverhältnis mit voller Stundenzahl wieder zu unterrichten.

Ich war fassungslos, überglücklich und gleichzeitig fix und fertig nach der langen Anspannung mit allen „Ups and Downs“.

Ich hatte zwei Tage Zeit, alles zu organisieren (Kinderbetreuung früh morgens und mittags), die Fahrtstrecke abzufahren etc. Ich hatte damals – übrigens finanziell bedingt – ein 1 000 DM Auto, das bereits nach einer Woche den Geist aufgab. Aber nun konnte ich mir auf Raten einen kleinen Vorfühswagen leisten.

Kurz nachdem ich meinen Dienst in Hohenkirchen angetreten hatte, bekam ich nach achteinhalb Jahren Berufsverbot meine Verbeamtungsurkunde auf Lebenszeit.



Franziska Tunze in den 1970er Jahren